

02. April 2014
Pressemitteilung

Zentralrat fordert die Europäische Kommission auf, beim 3. Roma Summit in Brüssel eine Entscheidung für einen „Roma-Housing-Funds“ zu treffen

Am 4. April 2014 findet in Brüssel der 3. Roma Summit der Europäischen Union statt, um die bisherigen Ergebnisse der Umsetzung von Roma-Strategien in den Mitgliedsländern zu erörtern.

An diesem hochrangigen Treffen nehmen neben dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, weitere EU-Kommissare und Repräsentanten der Mitgliedsstaaten teil. Die Eröffnungsrede wird Zoni Weisz aus den Niederlanden halten, der als Überlebender des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma 2011 als erster Vertreter der Minderheit anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag sprach.

Romani Rose kritisiert in seinem Statement die enttäuschende Umsetzung der in den Mitgliedsstaaten entwickelten nationalen Strategien. Die Situation vieler Roma in Europa sei nach wie vor oftmals katastrophal, es müßten daher jetzt alternative Instrumente geschaffen werden, um direkt auf der lokalen Ebene zu intervenieren. Rose fordert die Europäische Kommission auf, einen „Roma-Housing-Funds“ zu schaffen, um die desolate Wohnsituation großer Teile der Roma in den neuen Mitgliedsstaaten endlich zu verbessern. Diese Situation sei seit Jahrzehnten bekannt und auf Konferenzen hinreichend erörtert worden, es sei überfällig, daß die Europäische Kommission jetzt die Mitgliedsstaaten direkt bei der Umsetzung der Strategien unterstütze, und dort, wo der politische Wille fehle, die nationalstaatliche Verantwortung wahrzunehmen, auch direkt interveniere, so Rose.

Das Statement von Romani Rose finden Sie im Anhang und ebenso unter <http://zentralrat.sintiundroma.de/content/downloads/presseschau/311.pdf>

Romani Rose ist in Brüssel unter +49 172 95 33 009 zu erreichen.

Herbert Heuss
Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter
herbert.heuss@sintiundroma.de

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Romani Rose

Statement „Roma Summit“, 4th of April, 2014, Brussels

*Angesichts der katastrophalen Lebenssituation großer Teile der Roma in Europa hält der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma alternative Wege der Förderung insbesondere des Wohnungsbaus für dringend notwendig. Der Zentralrat regt an, einen **Roma-Housing-Fund** zu etablieren, ähnlich dem Fund, der bereits für die West-Balkan-Region bei der Bank des Europarates (CEB) eingerichtet wurde. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert die Teilnehmer des Roma Summits auf, hier eine konkrete Empfehlung für die Einrichtung eines solchen Fonds auszusprechen.*

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat in der Vergangenheit stets betont, dass die Verantwortung für die jeweiligen Roma-Minderheiten und damit die Umsetzung der Roma-Strategien bei den einzelnen Mitgliedsstaaten liegt, wie es die Europäische Kommission unter der Ratspräsidentschaft Ungarns für die nationalen Roma-Strategien festgestellt hat. Ebenso hat der Zentralrat stets unterstrichen, dass Programme nicht ausschließlich auf Roma ausgerichtet sein sollen, sondern jeweils auf einer Bedarfsanalyse der gesamten lokalen Situation beruhen sollen. Diese beiden Prinzipien sind grundsätzlich sinnvoll und notwendig.

Die letzte Kommunikation der Europäischen Kommission hinsichtlich der Umsetzung der Strategien in den Mitgliedsstaaten ist jedoch enttäuschend. Die Situation vieler Roma in Europa ist nach wie vor oftmals katastrophal. Die beiden genannten Kriterien müssen daher überdacht werden. Es bedarf nach Ansicht des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma jetzt eines Finanzierungsinstrumentes, durch das direkt auf der lokalen Ebene interveniert werden kann. Unmittelbarer Ausdruck der desolaten Lage vieler Roma ist deren Wohnsituation. Hier besteht dringender Handlungsbedarf angesichts der sehr großen Zahl von betroffenen Familien.

Die oftmals katastrophale Wohnsituation vieler Roma ist auch ein Ergebnis des strukturellen Rassismus in vielen Ländern. Es gibt in einzelnen Regionen in den Mitgliedsländern, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, jeweils hunderte sogenannter „informeller Siedlungen“, in denen zum Teil über 1.000 Menschen ohne Wasseranschluss und ohne Infrastruktur außerhalb der Städte leben müssen. Dass Menschen durch eine solche Wohnsituation stigmatisiert werden und dadurch der Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheit nahezu unmöglich ist, ist hinreichend dokumentiert. Die besondere Gefahr dieser Situation ist zudem, dass die Menschen durch diese Wohnsituation zur Zielscheibe rechtsextremistischer und gewaltbereiter Propaganda werden, die durch Populismus in Politik und Medien zusätzlich bis in die Mitte der Gesellschaft legitimiert wird.

Eine Änderung dieser Wohnsituation ist dringend notwendig. Mit dieser Aufgabe sind die einzelnen Mitgliedsländer aus einer Vielzahl von Gründen oftmals überfordert. Nicht zuletzt ist der politische Wille, Fördermittel der EU für Roma abzurufen, oftmals beschränkt.

Die konkrete Ausgestaltung des Roma-Housing-Fund muss selbstverständlich genau bedacht werden. Entscheidend für ein solches Programm ist es, dass die konkreten Bedürfnisse auf der lokalen Ebene zum Ausgangspunkt der Planungen gemacht werden.

Die Mittel für diesen Fund sollten unter anderem aus der nicht abgerufenen Förderung des Europäischen Sozial Fund und von möglichen weiteren Geberländern kommen. Auf alle Fälle würde damit ein Instrument bereitgestellt werden, durch das unmittelbar auf der lokalen Ebene agiert werden kann. Über die CEB wäre eine weitgehend unbürokratische Programmentwicklung möglich, ebenso ein striktes Monitoring.

Auf der lokalen Ebene müssen die betroffenen Menschen direkt an der Planung und Umsetzung beteiligt sein. Es gibt bereits jetzt, zum Beispiel in der Ostslowakei, entsprechende Modelle, bei denen Roma selbst Wohnungen bauen und sich im Rahmen der Bauarbeiten beruflich qualifizieren. Eine solche Investition in Infrastruktur und Wohnungsbau würde nicht zuletzt für die jeweiligen Regionen ein langfristiges Konjunkturprogramm bedeuten.

Das Recht auf angemessenes Wohnen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Es ist die Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere den Zugang zu Bildung und Ausbildung. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erwartet vom Roma Summit 2014 in Brüssel ein deutliches Zeichen, endlich konkrete Instrumente zur Verbesserung der Lebenssituation von Roma in Europa zu schaffen.

Romani Rose
Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma
zentralrat@sintiundroma.de
+49 6221 98 11 01